

Hoch radioaktive Abfälle: Regionen wollen bei der Endlagersuche mitreden
Berlin, Fichtelgebirge. 07.03.2016. Eine Workshopreihe der zuständigen Endlager-Kommission von Bundestag und Bundesrat endet mit einem ungewöhnlich breiten Konsens der Teilnehmenden aus Kreisen und Kommunen. Von Politik und Kommission fordern sie, die Öffentlichkeit bei der anstehenden jahrzehntelangen Suche nach einem Standort für ein atomares Endlager möglichst breit und frühzeitig einzubinden.

Wie kann die Öffentlichkeit bei der Wahl eines Standortes für hoch radioaktive Abfälle beteiligt werden? Um diese Frage zu beantworten, traf sich die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ in den vergangenen vier Monaten mit LandrätInnen, BürgermeisterInnen, BürgerInnen, Bürgerinitiativen, NGOs, sowie VertreterInnen von Zwischenlager-Gemeinden. In drei Workshops erzielten rund 120 Teilnehmende aus über 80 Landkreisen und 14 Bundesländern trotz höchst unterschiedlicher kommunaler, regionaler und persönlicher Interessen bemerkenswert einmütige Ergebnisse. Laut Endlager-Kommission fließen diese in deren Empfehlungen an Bundestag und Bundesregierung ein.

In der Workshopreihe standen regionale Belange und Sichtweisen im Vordergrund. Denn das Lager hoch radioaktiver Abfallstoffe wird innerhalb Deutschlands, also in einer der 402 Kommunen, errichtet und betrieben werden. Durch die Workshopreihe konnten die Teilnehmenden heute die Grundlagen für einen Prozess legen, der Deutschland noch viele Jahrzehnte beschäftigen wird. Seit ebenso vielen Jahrzehnten aber spaltet die Frage nach dem richtigen Umgang mit der Atomenergie und ihren Hinterlassenschaften die verschiedenen Akteure und die Gesellschaft. Die Workshopreihe hat sich als ein gutes Forum erwiesen, solche Gräben zu überwinden. Die Teilnehmenden erarbeiteten zunehmend sachorientiert, ergebnisoffen vor allem aber gemeinschaftlich die Voraussetzungen und Anforderungen für das Standortauswahlverfahren. „Die Ergebnisse wurden überwiegend im Konsens erzielt. Das ist ein großer Erfolg bei einem so konflikträchtigen Thema. Ich habe den Eindruck, alle haben sich verantwortlich gefühlt, einen Beitrag zur Lösung des historischen Problems zu leisten“, so Projektleiterin Helma E. Dirks von der Prognos AG, die von der Endlager-Kommission mit der Moderation und Organisation der Workshops beauftragt war. Die Ergebnisse hat Prognos in einer Gesamtdokumentation zusammengestellt.

Bereits nach den ersten Gesprächen war klar: Das Interesse der Regionen, aktiv beteiligt zu werden, ist groß. Beim ersten Workshop am 12. Oktober 2015 entstand die Forderung nach einem „Rat der Regionen“ – einem Gremium, das die regionalen Interessen in dem Jahrzehnte dauernden Suchprozess vertreten soll. Bis ein solcher Rat einberufen wird, möchten die Teilnehmenden, die Workshops für Regionen fortsetzen. Sobald mögliche Standorte für ein Endlager erkundet werden, sollen in diesen Gebieten zudem Regionalkonferenzen für kommunale VertreterInnen, Verbände, Initiativen sowie Bürgerinnen und Bürger eingerichtet werden. Vor allem die planerischen Kriterien, die beim Vergleich mehrerer Standorte wichtig werden, sollten nicht in regionaler Verantwortung liegen, sondern auf Bundesebene abgewogen werden, so eine weitere Forderung.

Als lokale TeilnehmerInnen aus Nordost-Oberfranken waren für das Landratsamt Wunsiedel Thomas Edelmann, sowie für den Kreistag Brigitte Artmann als grüne Fraktionsvorsitzende bei den Workshops dabei. Für die Grünen im Fichtelgebirge nahmen Wolfgang Müller und Thomas Hecht teil. Brigitte Artmann, die auf den Workshops die Zusammenfassung der Resultate einer der Arbeitsgruppen der Workshops übernommen hatte, zollte dem Versuch mit Workshops eine annehmbare Öffentlichkeitsbeteiligung zu finden durchaus Respekt.

Miteinander reden bringt immer neue Erkenntnisse und korrekte Öffentlichkeitsbeteiligung ist äußerst wichtig, sagt die Wunsiedler Kreisrätin. Sie hat heute aus den Erkenntnissen dieser Workshops heraus Frau Umweltministerin Hendricks darum gebeten, dass die Bundesregierung ihren Atommüllentsorgungsplan der Europäischen Kommission zur Überprüfung vorlegen möge, da er illegale Staatsbeihilfen für die AKW-Betreiber enthalten könne in Form von Kosten, die der Steuerzahler für die Atommüllentsorgung übernehmen muss.

Wolfgang Müller von den Grünen Fichtelgebirge äußerte auf den Workshops Bedenken, dass ASKETA, die Vereinigung der Zwischenlager- und Standortgemeinden von Atomkraftwerken, einen Sitz als vollwertiges Mitglied im Gesellschaftlichen Begleitgremium sowie im Rat der Regionen bekommen solle. Er sagt: „Das Interesse von ASKETA ist so schnell wie möglich ein Endlager zu finden, da bleibt die Sicherheit auf der Strecke, denn da entsteht Zeitdruck.“

Außerdem hatten sich die Teilnehmer der Grünen Fichtelgebirge auf Bitten der Endlagersuche-TeilnehmerInnen in Tschechien an das Bundesumweltministerium gewandt auch grenzübergreifende Workshops durchzuführen. Es gibt drei im AK END bereits untersuchte Granitstandorte westliche der Grenze (Fichtelgebirge, Oberpfälzer Wald und ein Standort nördlich von Passau), sowie zwei Standorte östlich der Grenze (Lubenec/Karlsbad und Nepomuk/Pilsen). Tschechen und Deutsche hoffen auf einen grenzübergreifenden Workshop, der auch zum Beispiel im Landratsamt Wunsiedel stattfinden könnte.

Für nähere Informationen zu den Ergebnissen der Workshop-Reihe wenden Sie sich bitte an Jürgen Voges, Pressereferent der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, Tel: +49 30 227-31316 oder per Email an: juergen.voges@bundestag.de

Die Arbeit der Endlager-Kommission können Sie auf folgender Internetseite verfolgen: www.bundestag.de/endlager. Hier finden Sie auch Informationen zu aktuellen, anstehenden und abgeschlossenen Beteiligungsformaten.

Verantwortlich für den Text in kursiv: Brigitte Artmann, Kreisrätin/Kreisvorsitzende BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN KV Wunsiedel, Tel +49 0923162821, Mobil +49 01785542868
brigitte.artmann@gruene-fichtelgebirge.de, www.gruene-fichtelgebirge.de